



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Für eine neue Flüchtlingspolitik – „unsichere Herkunftsländer“ festlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Flüchtlingsbewegungen und die Hilflosigkeit auch der EU Mitgliedstaaten erfordern eine neue Flüchtlingspolitik. Deshalb fordert der Landtag Schleswig-Holstein die Landesregierung auf, sich auf Bundes- wie Europaebene dafür einzusetzen dass:

1. Die Vorschläge für die Ausweitung der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ generell durch die Landesregierung abgelehnt werden.
2. Stattdessen aufgrund der Berichte des UNHCR eine Liste derjenigen 31 Länder erstellt wird, in denen zur Zeit Kriege stattfinden und damit als unsicher für die Bevölkerung einzustufen sind (von Syrien über Mali bis zu den Philippinen).
3. Menschen, aus Ländern der „unsicheren Herkunftsländer“ legale Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, das unsichere Land ohne ihr eigenes Leben zu gefährden, zu verlassen und
4. Durch Beschleunigung der Anerkennung der Asylverfahren und Nicht-Wirksamkeit der Dublin Verordnung innerhalb der EU Mitgliedstaaten das humanitäre Völkerrecht umzusetzen.

Begründung:

Angesichts der aktuellen Flüchtlings-Weltwanderung und der Tatsache, dass die Krisen, Konflikte und Kriege, vor denen zur Zeit ca. 60 Millionen Menschen versuchen, ihr Leben zu retten, begrüßt der Landtag den Vorschlag des Vize-Ministerpräsidenten Robert Habeck, die Liste der sogenannten „Sicheren Herkunftsländer“ abzuschaffen (Spiegel 22.8.2015).

Der Landtag will die Diskussion über sichere Herkunftsländer, die in keiner Weise auf die Not und Vertreibung von Millionen von Menschen eingeht, beenden. Der Landtag setzt sich dafür ein, dass auf der Grundlage der Charta der Menschenrechte eine Liste derjenigen Länder, die unsicher sind und die Würde des Menschen verletzen, als Grundlage genommen wird, um legale Flucht zu ermöglichen und damit das Risiko durch Schlepper in den Tod geführt zu werden, zu beenden.

Die Liste der „unsicheren Herkunftsländer“ soll jährlich von unabhängigen Institutionen unter der Federführung der Vereinten Nationen / UNHCR überprüft werden.

Angelika Beer

Torge Schmidt
und Fraktion